



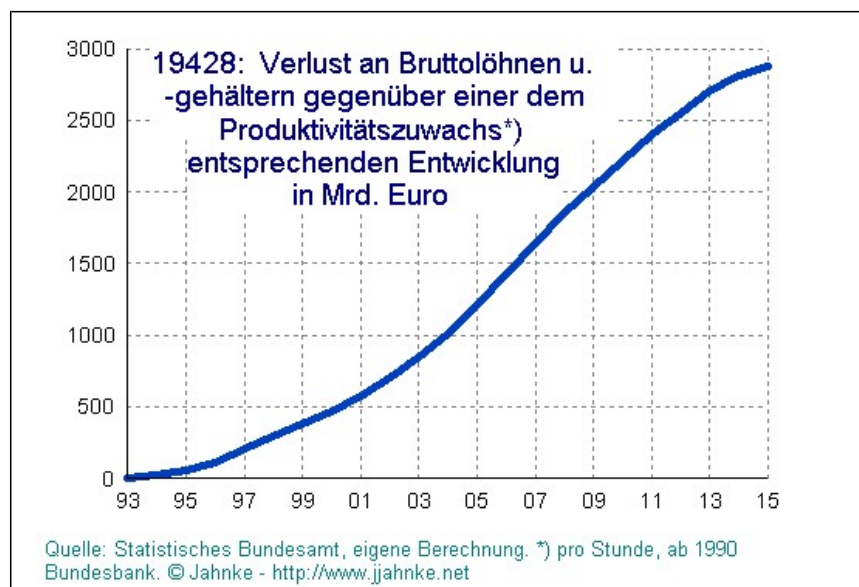
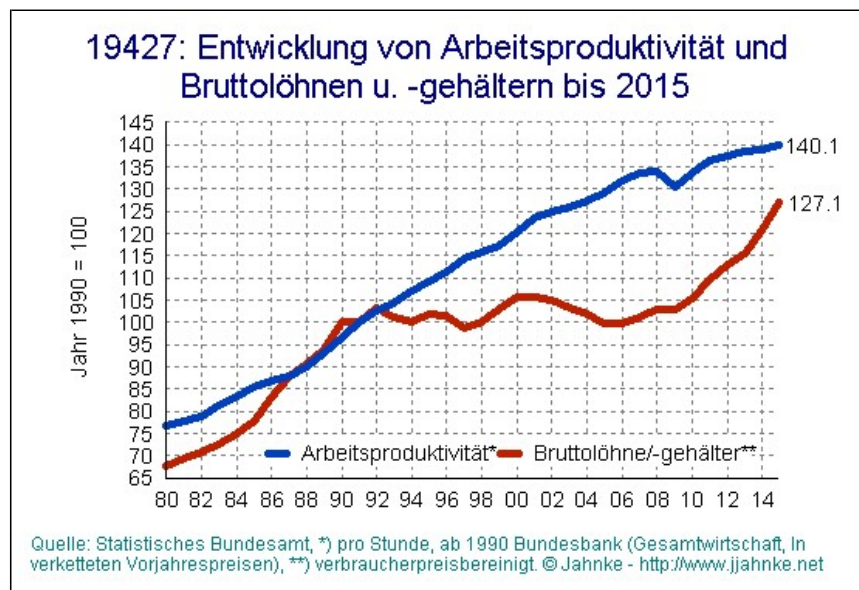
global news 3537 03-11-16: Wenn die Schere zwischen Arbeitsproduktivität und Arbeitseinkommen aufgeht



**Seit wir die Kaffeemaschinen
installiert haben, ist die
Produktivität wirklich gestiegen!**

Über viele Jahre haben sich die Arbeitgeber einen großen Teil des Zuwachses an Arbeitsproduktivität allein unter die Nägel gerissen und den Arbeitnehmern den ihnen eigentlich zustehenden Anteil vorenthalten. Die Arbeitsproduktivität, also das volkswirtschaftliche Ergebnis von Arbeit pro Stunde, ist seit 1990 Dank streßvollerer Arbeit und mehr Automaten um stattliche 40 % gestiegen. Die Bruttolöhne und -gehälter wuchsen dagegen verbraucherpreisbereinigt nur um 27 % (Abb. 19427). Sie lagen zeitweise -

real völlig stagnierend - bis zu 35 % hinter dem Zuwachs der Produktivität zurück. Über die ganze Periode von 23 Jahren seit 1993 haben die Arbeitnehmer gemessen an der Produktivitätsentwicklung einen kumulierten Betrag von fast 2,9 Billionen Euro verloren. Der Verlust entsprach 15,4 % dessen, was die Arbeitnehmer tatsächlich in diesem Zeitraum erhalten haben (Abb. 19428).



Die Arbeitnehmer hätten also im Durchschnitt der 23 Jahre jedes Jahr 15,4 % mehr Lohn und Gehalt erhalten müssen, um gerecht und problemlos am Produktivitätsgewinn beteiligt zu werden. Eine Entlohnung, die sich am Produktivitätsgewinn und der erwarteten Inflation orientiert, gilt als die genannte "Goldene Regel der Lohnentwicklung", weil dann ein Gleichgewicht entsteht, bei dem der Anteil der Löhne an der Wertschöpfung konstant bleibt und ebenso das Verhältnis von Güterangebot und Binnennachfrage im Gleichgewicht ist. Fällt die Lohnsteigerung niedriger aus, so hinkt die Binnennachfrage der Produktion hinterher. Gleichzeitig gerät dann die Außenhandelsbilanz in ein Ungleichgewicht, bei dem mehr exportiert als importiert wird und das Land unter seinen Verhältnissen lebt.

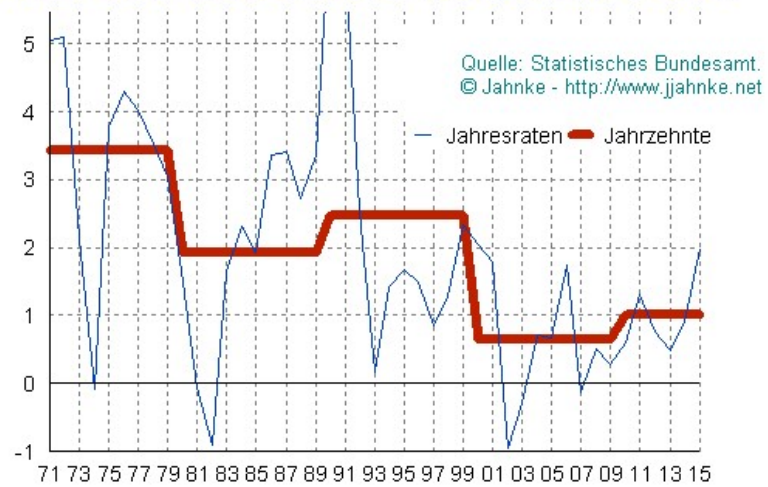


Die Lücke hat nun begonnen, sich wieder zu schließen. Daß sie sich

überhaupt derzeit schließt, liegt weniger an besonderer Großzügigkeit der Arbeitgeber oder Verhandlungsstärke der Gewerkschaften sondern vor allem an der derzeit noch geringen Entwicklung der Verbraucherpreise, die die kaufpreisbereinigten Löhne stärker steigen läßt.

Nun kann man fragen, was gewesen wäre, wenn diese Differenz gar nicht erst entstanden wäre. Die Frage ist wichtig, weil sich dieselbe Situation einer sich öffnenden Schere jederzeit wiederholen kann, besonders wenn die Inflation wieder zunimmt. Ohne die Differenz hätten die Arbeitnehmer erheblich mehr in der Tasche gehabt und hätten mehr Geld für den Verbrauch und damit für die Binnenkonjunktur ausgeben können (Abb. 19442). Deutschland hätte dann mehr aus den Krisenländern der Eurozone importiert und dort zu einer Abschwächung der Krise beigetragen. Die Arbeitnehmer hätten bei höheren Löhnen auch mehr in die gesetzliche Altersversicherung abgeführt und hätten privat mehr für das Alter vorsorgen können; die derzeit grassierende Angst vor Altersarmut wäre also weniger berechtigt gewesen. Höhere Löhne hätten den Export etwas gedämpft, doch der wäre bei besserer Binnenkonjunktur weniger nötig gewesen. Bei weniger deutschen Exportüberschüssen wäre der Euro schwächer geblieben, was Einfuhren für die deutschen Konsumenten verbilligt hätte und was vor allem dem Export unserer Europartner auf die Weltmärkte gut bekommen wäre.

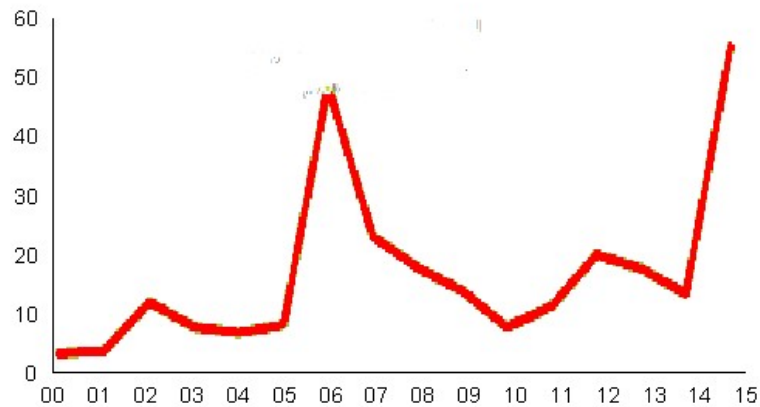
1942: Reale Entwicklung des Konsums privater Haushalte in Deutschland in % gegenüber Vorjahr



Warum dann bei so vielen Vorteilen haben die Gewerkschaften überhaupt eine Differenz von bis zu 35 Prozentpunkten oder kumuliert über die ganze Periode mehr als 15 % zugelassen? Dazu gibt es mindestens zwei Erklärungen.

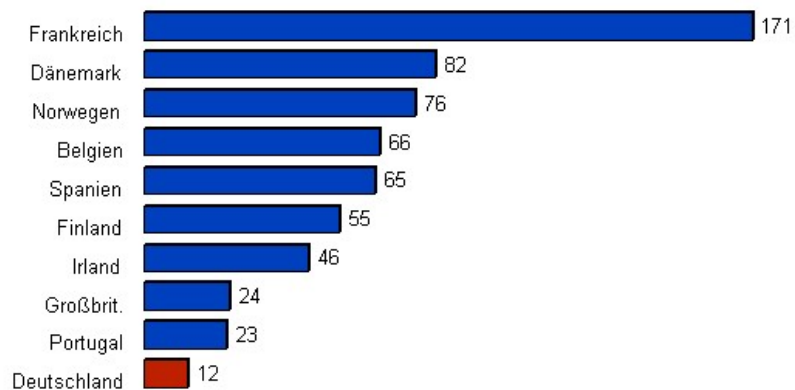
Erstens hatte die Schröder-Regierung mit ihrer Agendapolitik die Arbeitslosenversicherung kleingeschlagen und gleichzeitig mit Leiharbeit und dem Aufbau eines wuchernden Niedriglohnsektors gewerkschaftsfreie Räume geschaffen. Gleichzeitig wurde mit einer neoliberalen Politik rücksichtsloser Globalisierung ein Niedriglohnwettbewerb mit Ländern wie China eingerichtet, was ebenfalls die Gewerkschaften und ihre Mitglieder schwächte. Im Ergebnis wurde der Streikbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder ein kräftiger Dämpfer auferlegt. Zwischen 2006 und 2010 fielen die Streiktage gegen null und stiegen erst 2015 wieder, und Deutschland wurde das Land mit den wenigsten Streiktage pro Beschäftigten (Abb. 19429, 19430).

19429: Streiktage in Deutschland pro 1.000 Beschäftigte



Quelle: European Trade Union Institute 2016. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19430: Durchschnittliche Streiktage pro 1.000 Beschäftigte 2009-13

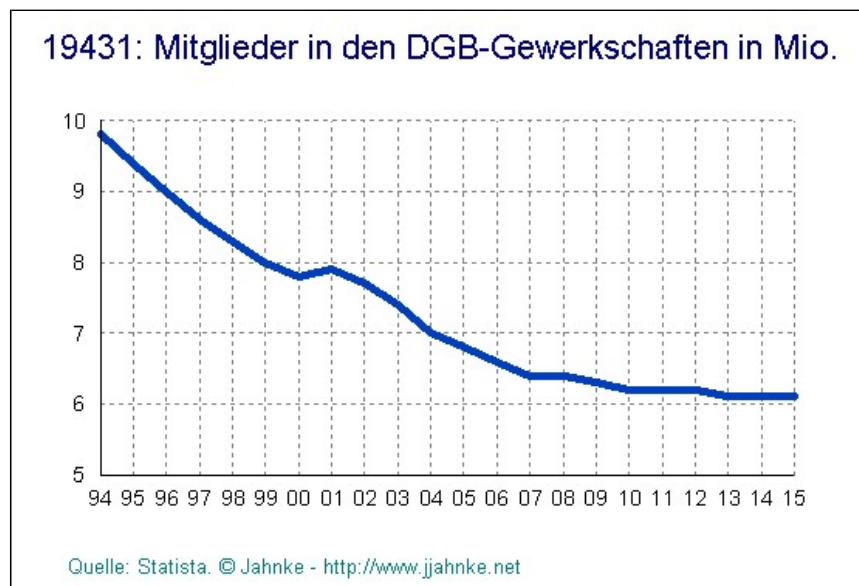


Quelle: Independent/Statista. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Zweitens waren die Gewerkschaften an den Mitbestimmungstischen zu jeder Menge an Kompromissen bereit und setzten sich vorbehaltlos und auch öffentlich für die horrenden Gehaltssteigerungen der Vorstände ein. So erklärte der Betriebsratsvorsitzende der BASF und Gewerkschaftschef Robert Oswald in einem Zeitungsinterview: "Bei der BASF gibt es keine Neid-Diskussion." Man muß es als eine Form von Korruption betrachten. Die mitbestimmende Tätigkeit an den Vorstandstischen ging bis zu zweifelhaften

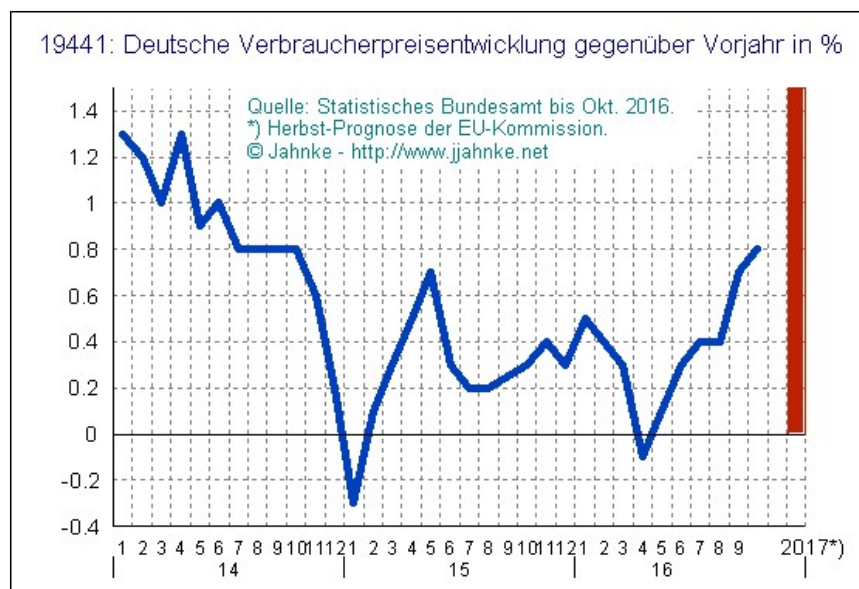
und teilweise strafbaren Kungeleien, wie sie von Volkswagen unter dem Betriebsratschef Hartz bekannt wurden. Man erinnere sich auch an den Mannesmann-Prozeß, in dem Ackermann (Deutsche Bank), Zwickel (Chef der IG-Metall) und Ladberg (Gesamtbetriebsratschef Mannesmann) Untreue wegen der exorbitanten Abfindungen für Mannesmann-Chef Esser vorgeworfen worden war. Gleichzeitig haben sie sich schon sehr früh für die Exportweltmeisterschaft begeistert, auch wenn das immer mehr Lohndruck aus Niedriglohnländern, wie China, bedeutete.

Nicht zuletzt wegen der miserablen Ergebnisse und ihres Versagens an der Lohnfront haben die Gewerkschaften zwischen 2001 und 2011 fast ein Viertel ihrer Mitglieder verloren und seitdem den Mitgliederbestand nicht wieder aufbauen können (Abb. 14931). Der Organisationsgrad ist inzwischen nach Frankreich und Spanien der geringste in Westeuropa geworden.



Es steht zu befürchten, daß die Schwäche der Gewerkschaften noch nicht überwunden ist, zumal die Mitgliederentwicklung weiter stagniert und das globale Umfeld noch das gleiche ist. Außerdem sind jetzt mehr als eine Million zusätzliche Migranten im Lande, die bereit sind, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen, auch wenn sie nur schrittweise in den deutschen

Arbeitsmarkt hineinfinden werden. Auch hat die SPD in der großen Koalition nichts getan, um die Schröder'sche Agendapolitik zurückzudrehen. Im Ergebnis kann sich daher die Schere zwischen Produktivität und Löhnen jederzeit und vor allem bei einer zu erwartenden Verbraucherpreissteigerung wieder öffnen (Prognose für 2017 = 1,5 %, Abb. 19441). Deutschland wäre dann wieder den hier erwähnten schweren Nachteilen einer schwachen Binnenkonjunktur, noch größeren Schief lagen bei den Renten und noch größeren Belastungen aus dem Verhältnis zu den Europartnern ausgesetzt. Doch niemand in der deutschen Politik scheint irgendwelche Lehren zu ziehen.



* * * * *

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe).